

Resolution: Inklusion muss konkret werden!

In Rheinland-Pfalz stehen derzeit zahlreiche soziale Themen zur Debatte, wie Inklusion, Jugend- und Schulsozialarbeit und Perspektiven zukünftiger Bildungspolitik. Dabei steht insbesondere das Thema Inklusion im Mittelpunkt, nicht zuletzt, weil es das „Aushängeschild“ der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer ist. Schulen und weitere öffentliche Einrichtungen sollen inklusiv gestaltet werden. Die Landesregierung wirbt mit einem Aktionsplan, der die Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention von 2008 für eine inklusive, barrierefreie Gesellschaft beschleunigen soll.

Dennoch wird bei der Umsetzung verstärkt auf zur Verfügung stehende Finanzen geschaut. Dies beginnt bereits bei der Durchführung von Bedarfsabfragen. Von vorne herein werden bei Umfragen die Befragten mit Kosten konfrontiert. Das verzerrt das Ergebnis solcher Umfragen, und ist daher nicht mehr repräsentativ. Bei Umfragen Ergebnisverzerrungen zu vermeiden, gehört zu den Elementaraufgaben, die bereits im Grundstudium der Politikwissenschaft gelehrt wird. Es schon verwunderlich, wie beratungsresistent und inkompetent einige Verwaltungsapparate sind.

Zugleich gibt es eine Gesellschaftsgruppe, die bisher im „Aktionsplan RLP für Inklusion“ kaum oder gar keine Erwähnung gefunden hat: HIV-Infizierte und AIDS-Kranke. Diese werden nach wie vor in einigen Bereichen des öffentlichen Lebens ausgegrenzt. Egal ob es sich um infizierte Kinder handelt, denen in Kindergärten und Schulen mit großer Vorsicht begegnet wird, oder Erwachsene, welche im Berufsleben wegen dieser Krankheit benachteiligt werden, haben ein Recht auf Partizipation an unserer Gesellschaft. Sowohl Landes- als auch Bundesregierung sollen dazu aufgefordert sein, diese Menschen in Inklusionspläne einzubinden und mittels verstärkter Aufklärungsarbeit von der Gesellschaft geschaffene Barrieren abzubauen.

Nun muss Inklusion konkret werden. Gewerkschaften, die Hochschulen in Rheinland-Pfalz, und VertreterInnen der Jugend- und Schulsozialarbeit entwerfen bereits Konzepte zur Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft, während sich die politischen Akteure auf Kommunal-, Landes-, und Bundesebene noch Gedanken machen, was Inklusion eigentlich bedeutet. DIE LINKE hat schon längst eine klare Vorstellung von Inklusion und wird sich auf allen Ebenen für Inklusion einsetzen.

Es geht um die Umsetzung eines Menschenrechts und es darf nicht bei bloßen Gesprächen bleiben. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz wird diese Debatte begleiten und darauf achten, dass keine gesellschaftliche Minderheit in einem Inklusionsplan das Nachsehen hat, auch solche welche auf dem ersten Blick gar nicht inklusionsbedürftig scheinen, wie HIV-Infizierte.